

Herr Scholz begründet den Antrag. So werde diese Finanzierungsmöglichkeit in mehreren Städten geprüft und beispielsweise in Köln auch angewandt. Vor allem die aktuelle Diskussion um die Sportpauschale und die Sanierung des Sportplatzes in Mühleip erforderten Überlegungen nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten. Generell müsse geprüft werden, ob ein solche Finanzierungsmodell Sinn mache.

Herr Strack erklärt, dass das Thema PPP (Public-Private-Partnership) bereits vor gut zwei Jahren in den Gremien behandelt wurde. Die Voraussetzungen hätten sich seit dem nicht verändert. Seit Einführung der Pauschalen durch die Landesregierung sei in der Tat ein reger Wettbewerb entstanden. Im Prinzip sei diese Finanzierungsmöglichkeit sinnvoll, jedoch erst bei hohen Investitionssummen attraktiv. So steige beispielsweise die WestLB erst ab einem Volumen von 10 Mio Euro in ein solches Geschäft ein. Werde vom Rat diese Modellvariante gewünscht, würden nach Einholung entsprechender Angebote Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt. Aufgrund des Investitionsvolumens sei der Sportplatz Mühleip für dieses Modell eher ungeeignet. Denkbar wäre die Finanzierungsmöglichkeit eventuell im Bereich des Schulraumbedarfs.

Herr Dehnert geht auf die Ausführungen von Herrn Strack ein. Die Rechnung sei die eine Seite, auf der anderen Seite müsse dann überlegt werden, was es Wert sei, diese Finanzierungsvariante zu wählen. Nicht nur für den Sportplatz Mühleip sei dies überlegenswert. So sei es sinnvoll, entsprechende Modellrechnungen in den jeweiligen Fachausschüssen bei den verschiedenen Maßnahmen vorzustellen.

Herr Tendler warnt davor, den Sportplatz Mühleip in die Überlegungen einzubeziehen. Das Thema sei nun durchdiskutiert und man solle nicht wieder hierin rühren. Mit den allgemeinen Formulierungen – Punkte 1 u. 2 – des Antrages könne man leben.

Auch Herr Diwo hält schnelle Hilfe für den Sportplatz Mühleip für erforderlich. Die CDU habe auch einen Antrag zur kleinen aber praktikablen Lösung gestellt, die auch zügig durchführbar sei. Außerdem biete der Sportplatz Mühleip nicht das Volumen für einen Investor.

Im weiteren Verlauf der Aussprache regen die Herren Rösgen und Bösking an, die Unterlagen aus der damaligen Beratung zur Verfügung zu stellen.

Anmerkung:

*Die Unterlagen sind als separate Anlage der Niederschrift beigelegt.*

Herr Dehnert regt an, einen Prüfauftrag an die Verwaltung zu beschließen, die vorgeschlagenen Finanzierungsinstrumente in die Prüfung geeigneter Investitionsmaßnahmen einzubeziehen. Herr Scholz ergänzt, dass beispielsweise auch das Parkhaus am Bahnhof hierbei berücksichtigt werden könne.

Für Herrn Ersfeld ist der Antrag zu kurzfristig eingereicht worden. Er liege ihm erst heute vor und habe sich nicht entsprechend vorbereiten können. Er beantragt deshalb die Verweisung in den zuständigen Fachausschuss.

Es ergeben sich weitere Wortmeldungen, ehe Herr Duldhardt auf die Geschäftsordnung hinweist, nach der man sich höchstens drei mal in einer Sache zu Wort melden dürfe. Man solle sich hieran halten, da man ansonsten immer weiter diskutiere und sich im Kreis drehe. Im übrigen biete sich ein Auftrag an die Verwaltung an, das beantragte Finanzierungsmodell bei bevorstehenden Investitionen in die Überlegungen einzubeziehen. Prinzipiell gehe er aber davon aus, dass dies die Verwaltung ohnehin sämtliche Finanzierungsmöglichkeiten bei ihren Überlegungen berücksichtige.

Nachdem auch die CDU einen entsprechenden Vorstoß gemacht habe, schlägt Herr Dehnert ebenfalls vor, das Thema im Hauptausschuss weiter zu erörtern. Die Diskussion um den Sportplatz Mühleip solle man außen vor lassen. Vielmehr seien Erfahrungen bei anderen Städten abzufragen. Außerdem solle die Verwaltung konkrete Vorschläge vorlegen.

Aus Reihe der CDU-Fraktion wird der Antrag auf Vertagung in den Hauptausschuss wieder zurückgezogen.

Nach der längeren Aussprache fasst Bürgermeister Dr. Storch das Beratungsergebnis zusammen. Man sei sich fraktionsübergreifend einig, die besten Finanzierungswege für Investitionen zu suchen und werde dementsprechend auch verwaltungsseitig handeln. Er biete den GRÜNEN an, nicht auf eine Abstimmung zu bestehen, sondern den Antrag zurückzuziehen, da die Verwaltung ohnehin in diesem Sinne vorgehe.

Herr Dehnert erklärt sich letztendlich hiermit einverstanden.

Ein Beschluss in der Sache wird nicht gefasst.